BSW

Landesverband
Hamburg



KEINE ZUKUNFT OHNE CORONA-AUFARBEITUNG

VERTRAUEN
STATT VERDRÄNGUNG

FÜR EINE POLITISCHE UND JURISTISCHE AUFARBEITUNG DER CORONA-ZEIT – AUCH UND BESONDERS IN HAMBURG.

Was während der Corona-Zeit geschehen ist, darf nicht einfach zu den Akten gelegt werden. Grundrechte wurden eingeschränkt, Existenzen gefährdet, Kinder belastet und Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Kritische Fragen wurden nicht diskutiert, sondern diffamiert.

Hamburg setzte auf besonders weitreichende Einschränkungen und war Vorreiter der „2G-Regelungen". Inzwischen wird immer klarer: Viele Entscheidungen waren umstritten, oder sogar weit über die Verhältnismäßigkeit hinaus. Angst wurde teilweise bewusst geschürt.

Zudem werfen die Protokolle des Robert-Koch-Instituts die Frage auf, ob die Maßnahmen nicht wissenschaftlich begründet, sondern politisch motiviert waren.

Wir sagen: Eine Demokratie muss auch in Krisenzeiten kritisch hinterfragen, was auf welcher Basis entschieiden wurde.

WARUM AUFARBEITUNG?

Wir fordern:

- Parlamentarische Untersuchung der Corona-Politik in Hamburg und im Bund
- Offenlegung relevanter Verträge mit Impfstoff- und Maskenherstellern
- Veröffentlichung der Protokolle des Hamburger Krisenstabs
- Untersuchung des Einflusses politischer Entscheidungen auf Wissenschaft, Medien und Justiz
- Untersuchung der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Maßnahmen
- Aufarbeitung der Impfpolitik und Untersuchung von Impfnebenwirkungen

KEINE FRAGE DARF TABU SEIN!

KONSEQUENZEN ... UND WIEDERGUTMACHUNG

KONSEQUENZEN...

Grundrechte müssen dauerhaft gegen willkürliche Eingriffe geschützt werden. Behördliche Selbstkontrolle ist zu stärken.

Die internationalen WHO-Gesundheitsvorschriften sehen wir kritisch, solange diese von Konzerninteressen dominiert sind.

Wir fordern eine strenge Regulierung der Gain-of-function-Forschung sowie ein Moratorium der Verabreichung von mRNA-Impfstoffen an gesunden Menschen.

UNRECHT MUSS BENANNT, VERANTWORTUNG ÜBERNOMMEN UND VERTRAUEN ZURÜCKGEWONNEN WERDEN!

DIESES UNRECHT DARF SICH NICHT WIEDERHOLEN!

... UND WIEDERGUTMACHUNG

Menschen, die durch die Corona-Maßnahmen beruflich, wirtschaftlich oder gesundheitlich geschädigt wurden, dürfen nicht allein gelassen werden.

Wir fordern ein Corona-Amnestiegesetz, das Verfahren aufgrund willkürlicher Regelungen beendet und erhobene Bußgelder zurückerstattet.

Obwohl die neuartigen, im Eilverfahren zugelassenen Impfstoffe nur begrenzt erprobt waren und ein ausreichender Fremdschutz nicht belegt war, wurden viele Menschen unter erheblichem Druck gesetzt. Die Erfassung und Entschädigung von Impfschäden muss entbürokratisiert und enttabuisiert werden.

Der für Hamburg geplante Corona-Gedenkort soll auch an die Folgen der Pandemiepolitik erinnern.

Um der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken, bedarf es Dialogformate zwischen Bürgern, Politik, Wissenschaft, Medien, Kultur und Sport.

WIR BRAUCHEN KEINE TABUS – WIR BRAUCHEN AUFKLÄRUNG.

Eine demokratische Gesellschaft muss Fehler eingestehen können. Sie muss Entscheidungen überprüfen und Verantwortung übernehmen.

WIR WOLLEN TRANSPARENZ.

WIR WOLLEN AUFARBEITUNG.

WIR WOLLEN GERECHTIGKEIT.

- WIRTSCHAFTLICHE VERNUNFT
- SOZIALE GERECHTIGKEIT
- FRIEDEN
- FREIHEIT

MEHR ZUR CORONA-AUFARBEITUNG DES BSW:

CORONA-AUFARBEITUNG DAS BSW KÄMPFT AUF ALLEN EBENEN

Informationen, Analysen und aktuelle Forderungen zur politischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der Corona-Zeit.

bsw-vg.de/corona-aufarbeitung-das-bsw-kaempft-auf-allen-ebenen/

BSW LANDESVERBAND HAMBURG

Aktuelles, Termine und alle Informationen zu unserer politischen Arbeit in Hamburg.

https://hh.bsw-vg.de/

BSW

Landesverband
Hamburg